

Die katholische Glaubensgemeinschaft ist in China in eine staatlich anerkannte katholische Kirche und die als illegal angesehene, vom Vatikan unterstützte Untergrundkirche gespalten. In den letzten Jahren haben viele von der CCPA eingesetzte Bischöfe dennoch nachträglich um den Segen des Vatikans gebeten.

Lis Vorgänger, Bischof Fu Tieshan, war jedoch für seine harte Haltung gegenüber dem Vatikan bekannt. Die einvernehmliche Vergabe des einflussreichen Amtes an den für beide Seiten akzeptablen Li wird nicht nur von kirchlichen Würdenträgern als erster Schritt zu einer möglichen Annäherung zwischen Beijing und dem Vatikan verstanden. (WSJ, 21.9.07; NZZ, 22.9.07) (Carola Milbrodt)

Innenpolitik

Heike Holbig

XVII. Parteitag der KPCh beginnt am 15. Oktober – Namen und Zahlen

Wie Ende August bekannt wurde, wird der XVII. Parteitag der KPCh am 15. Oktober 2007 beginnen. Der sechswöchige Vorlauf der Ankündigung und die Terminierung Mitte Oktober sprechen für einen bislang weitgehend reibungslosen Verlauf des intraelitären Abstimmungsprozesses im Vorfeld des Parteitags. Erfahrungsgemäß wird das politische Großereignis, auf dem personalpolitische und programmatische Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt werden, etwa acht Tage dauern. Der Rahmen für diese Weichenstellungen wird

durch die Tatsache abgesteckt, dass der 65-jährige Staats- und Parteichef Hu Jintao in seine zweite und damit voraussichtlich letzte Amtszeit als Generalsekretär der KPCh geht. Allgemein wird erwartet, dass zumindest ein Vertreter der sogenannten „fünftens Führungsgeneration“ (nach den Generationen Mao Zedongs, Deng Xiaopings, Jiang Zemins und Hu Jintaos), der ab dem Jahr 2012 die Nachfolge Hu Jintaos antreten könnte, in den Ständigen Ausschuss des Politbüros nachrücken wird. Alternativ, wenn auch nicht allzu wahrscheinlich, könnte erstmals eine mehrköpfige Kohorte möglicher Nachfolgekandidaten in dieses Gremium aufrücken, um ihre politischen Fähigkeiten im Wettbewerb miteinander unter Beweis zu stellen.

Inzwischen dürfte die Zusammensetzung der neu zu konstituierenden Führungsgremien der KPCh im Wesentlichen feststehen. Machtpolitischer Verhandlungsspielraum könnte noch bezüglich der Mitglieder des Politbüros und dessen Ständigem Ausschuss bestehen. Vielfältige Spekulationen ranken sich vor allem um die zukünftige Zusammensetzung und Größe dieses letztgenannten Organs, das nach wie vor als politische Schaltzentrale fungiert.

Zwei Parameter werden dabei diskutiert: Zum einen werden Mutmaßungen darüber angestellt, ob die Größe des gegenwärtig neun Mitglieder zählenden Ständigen Ausschusses des Politbüros beibehalten oder verändert wird. Diskutiert wurde eine Reduktion auf sieben oder fünf sowie eine Aufstockung auf elf Mitglieder. Als relativ wahrscheinlich gilt eine Reduktion auf sieben Mitglieder, wie es vor dem letzten Parteitag im Herbst 2002 der Fall gewesen war.

Eine kleinere Führungsspitze, die generell den Vorteil flexiblerer Entscheidungsfähigkeit hätte, würde auch als Zeichen für eine Durchsetzung Hu Jintaos zu werten sein, da die Erweiterung der Mitgliedszahl von sieben auf neun im Jahr 2002 gemeinhin als Schachzug des scheidenden Jiang Zemin gewertet wurde, der dadurch einige seiner Gefolgsleute in das Gremium hieven konnte.

Der andere viel diskutierte Parameter, der mit der Größe des Gremiums zusammenhängt, ist die Frage nach dem Umfang nachrückender Vertreter aus der fünften Führungsgeneration. In der Minimalversion würden nur zwei der gegenwärtigen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros aus Altersgründen ausscheiden, nämlich der 72-jährige Luo Gan, der bislang für den Bereich innere Sicherheit zuständig war, und der 69-jährige Wu Guanzheng, Leiter des Antikorruptionsapparats der Partei. Da außerdem der Sitz des im Juni d.J. im Alter von 68 Jahren verstorbenen Huang Ju vakant ist, würde in diesem Szenario je nach zukünftiger Mitgliedszahl der Platz für einen bis drei Nachrücker frei.

In der Maximalversion könnten bis zu sechs Vertreter der fünften Führungsgeneration nachrücken, wenn nämlich nur Hu Jintao, NVK-Vorsitzender Wu Bangguo und Ministerpräsident Wen Jiabao in dem Gremium verbleiben würden. Alle anderen, nämlich die vorgenannten sowie der 68-jährige Zeng Qinghong, der 67-jährige Jia Qinglin, Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz, und der 63-jährige für Ideologie- und Propagandaarbeit zuständige Li Changchun, würden in diesem

Szenario ausscheiden, um für eine jüngere Führungsriege Platz zu machen. Als Schlüsselfigur in dieser Frage gilt der 68-jährige Zeng Qinghong, der häufig als Rivale Hu Jintaos eingordnet wird, in den vergangenen Jahren faktisch aber viele politische Entscheidungen Hus mitgetragen hat. Von seiner Entscheidung dürfte die Bereitschaft der anderen Mitglieder abhängen, in den Ruhestand zu treten.

Als aussichtsreichste Kandidaten für ein Nachrücken in den Ständigen Ausschuss des Politbüros werden die folgenden Personen behandelt:

- Li Keqiang, 52, gegenwärtig Parteisekretär der nordostchinesischen Provinz Liaoning, gilt als Wunschkandidat Hu Jintaos für dessen Nachfolge als Generalsekretär der KPCh ab dem Jahr 2012. Den aus der Provinz Anhui stammenden Li Keqiang, der an der renommierten Beijing-Universität im Fach Wirtschaftswissenschaften promoviert hat, verbindet mit Hu Jintao eine politische Karriere im Kommunistischen Jugendverband. Als Parteisekretär von Liaoning werden ihm besondere Meriten bei der Reform des maroden staatlichen Wirtschaftssektors zugeschrieben. Als ein Signal für die Anerkennung seiner politischen Leistungen kann die hohe Prominenz gelten, die die Strategie zur Revitalisierung der nordostchinesischen Industriestandorte in den vergangenen Wochen in den staatlichen Medien genossen hat.
- Li Yuanchao, 57, Parteisekretär der Provinz Jiangsu, wird ebenfalls der *tuanpai*, dem Netzwerk des Kommunistischen Jugendverbandes zugeordnet. Auch er

wurde in den vergangenen Jahren als möglicher Nachfolger Hu Jintaos gehandelt, doch scheint er inzwischen nicht zuletzt wegen seines höheren Alters gegenüber Li Keqiang tendenziell ins Hintertreffen geraten zu sein. Während seiner Amtszeit in Jiangsu hat Li Yuanchao besondere Anstrengungen in der Erprobung demokratischer Mechanismen innerhalb der KPCh unternommen, ein Experimentierfeld, das ihn im Fall einer politischen Reformbereitschaft der Parteielite für besondere Führungsaufgaben qualifizieren könnte.

- Xi Jinping, 54, war bereits seit längerem als vielversprechender Vertreter der fünften Führungsgeneration für die Übernahme parteistaatlicher Führungspositionen gehandelt worden, nicht zuletzt aufgrund seines besonderen familiären Hintergrundes als Sohn des Parteiveteranen Xi Zhongxun, dem früheren Vizepremier und Architekten der Sonderwirtschaftszonen in der Provinz Guangdong. Da er keiner der dominanten Fraktionen zuzuordnen ist, werden seine Chancen relativ gut eingeschätzt, in allen Lagern Unterstützung zu finden. Nachdem Xi Jinping im Frühjahr d.J. aber die Nachfolge des wegen Korruption abgesetzten Chen Liangyu als Parteisekretär Shanghais angetreten hatte, wurde gemutmaßt, dass er angesichts dieses erst kürzlich angetretenen wichtigen Amtes nicht nach so kurzer Zeit schon wieder nach Beijing wechseln dürfte. Eine auffällig positive Berichtserstattung über die Erfolge Shanghais, wie sie in der zweiten Septemberhälfte in den staatlichen Medien zu fin-

den war, wurde von vielen Beobachtern aber als Vorbote eines neuerlichen Karrieresprungs Xi Jinpings gedeutet, sodass er jüngst erneut als aussichtsreicher Kandidat für einen Sitz im Ständigen Ausschuss des Politbüros gehandelt wurde. In jedem Fall wird ihm eine Mitgliedschaft im Politbüro sicher sein.

- Liu Yandong, 61, gegenwärtig Leiterin der Einheitsfrontabteilung des ZK, galt lange Zeit als strategische Kandidatin für eine hochrangige Führungsposition, da sie sowohl mit der Machtbasis Hu Jintaos, dem Kommunistischen Jugendverband, vernetzt ist, als auch Jiang Zemin gegenüber als loyal gilt. Konkret gehandelt worden war sie für die Nachfolge Chen Liangyus im Amt des Shanghaier Generalsekretärs, die im Frühjahr d.J. aber Xi Jinping angetreten hat (s.o.). In den vergangenen Monaten hat Liu Yandong, die Erfahrungen im Umgang mit sensitiven Politikfeldern wie Tibet, Taiwan, Hongkong und Macau hat, in den Berichten informierter Kreise relativ zu anderen Kandidaten weiter an Prominenz verloren. Auch wenn sie nicht mehr als mögliche Nachfolgerin Hu Jintaos gehandelt wird, scheint ein Sitz für sie im Ständigen Ausschuss des Politbüros nicht ausgeschlossen.
- Zhang Dejiang, 61, ehemaliger Parteisekretär der Provinz Zhejiang und seit dem Jahr 2002 der Provinz Guangdong, der ebenfalls seit 2002 Mitglied des Politbüros ist, werden ebenfalls Chancen auf einen Aufstieg in den Ständigen Ausschuss eingeräumt. Zugute gehalten werden ihm insbesondere seine

wirtschaftspolitischen Erfolge bei der Entwicklung eines leistungsstarken privaten Wirtschaftssektors in Zhejiang. Obwohl er allgemein als Vertreter der „Shanghai-Fraktion“ Jiang Zemins gilt, hat er sich im Jahr 2001 als erbitterter Gegner von dessen Politik einer Kooptation der neuen privatwirtschaftlichen Eliten – der „Kapitalisten“ – in den Reihen der KPCh einen Namen gemacht.

- Die bisherigen Politbüromitglieder Yu Zhengsheng, 62, Parteisekretär der Provinz Hubei, Zhou Yongkang, 65, Minister für öffentliche Sicherheit, Wang Zhaoguo, 66, Präsident des Allchinesischen Gewerkschaftsverbands und früherer Vorgesetzter Hu Jintaos im Kommunistischen Jugendverband, sowie Wang Gang, 65, Kandidat des Politbüros und bisheriger Direktor des ZK-Hauptbüros, gelten ebenfalls als mögliche Kandidaten für den Ständigen Ausschuss.
- Gewisse Chancen auf einen Aufstieg ins Politbüro oder gar dessen Ständigen Ausschuss werden außerdem Wang Yang, 52, Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing, Zhang Gaoli, 60, seit März d.J. Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin, und dem Handelsminister Bo Xilai, 58, eingeräumt.
- Schließlich wurden zuletzt dem 50-jährigen Ling Jihua, einem „Schüler“, langjährigen Assistenten und Redeschreiber Hu Jintaos im Kommunistischen Jugendverband und anderen Institutionen, Chancen zumindest auf eine alternierende Mitgliedschaft im Politbüro eingeräumt. Wie Ende Septem-

ber bekannt wurde, wird Ling Jihua von Wang Gang das Amt des Direktors des ZK-Hauptbüros übernehmen, was wiederum ein Hinweis auf einen Aufstieg Wang Gangs in den Ständigen Ausschuss des Politbüros sein könnte.

Generell stehen die Chancen Hu Jintaos auf eine Konsolidierung seiner machtpolitischen Basis in der zweiten Amtszeit sehr gut. Die machtpolitische Dichotomie zwischen seiner Fraktion, der *tuantai*, und der „Shanghai-Fraktion“ Jiang Zemins, die in der vergangenen Dekade zur Erklärung fast aller personellen und programmatischen Entscheidungen der Parteiführung herangezogen worden ist, dürfte im neuen Politbüro weiter an Bedeutung verlieren. Alter, Bildungshintergrund, die Vermeidung einer Verwicklung in Korruptionsskandale und die konkrete politische Erfahrung der einzelnen Kandidaten scheinen inzwischen wichtigere Kriterien für den Aufstieg in die höchsten politischen Führungspositionen geworden zu sein. (SCMP, 29.8., 3., 17., 22., 24.9., 1.10.07; *Ming Pao*, 26.7., 25.8., 25.9.07, nach BBC PF, 27.7., 28.8., 27.9.07; *Hsin Pao*, 30.8., 21.9.07, nach BBC PF, 31.8., 23.9.07; WSJ, 17.8.07; ST, 6., 29.8., 15., 20., 26., 28.9.07; *P'ing-Kuo Rib-Pao*, 25.8.07, nach BBC PF, 28.8.07)

Neubesetzungen der Führungspositionen in mehreren Staatsratsorganen

Für viele Beobachter überraschend wurden seit Ende August 2007 mehrere Ministerämter und Führungspositionen anderer Staatsratsorgane neu besetzt. Mit Ausnahme des Finanzministers Jin Renqing, dessen abrupte Auswechslung auf die Ver-

wicklung in einen Korruptionsskandal zurückgeführt wird, dürften die jüngsten Personalentscheidungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Erreichen der für Ämter auf Ministerialebene relevanten Altersgrenze von 65 Jahren bzw. der üblichen Begrenzung der Amtszeit von zehn Jahren stehen. Auffällig ist allerdings der Umstand, dass die Umbesetzungen bereits vor dem Parteitag stattfinden, anstatt das für den Stabwechsel in Staatsratsorganen übliche Datum des auf den Parteitag folgenden konstituierenden Nationalen Volkskongresses im März 2008 abzuwarten. Dieser Umstand könnte dem Wunsch geschuldet sein, die Nachfolger der in die Ministerämter aufrückenden Personen rechtzeitig vor dem Parteitag formal für eine Mitgliedschaft im neu zu konstituierenden Zentralkomitee zu qualifizieren. Zugleich ermöglicht es der Führungsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao, mit einem bereits möglichst konsolidierten verjüngten Kabinett in die neue Amtszeit zu gehen.

Folgende Neubesetzungen wurden seit Ende August vorgenommen:

- Xie Xuren, 59, tritt an die Stelle des 63-jährigen Finanzministers Jin Renqing, der das Amt seit März 2003 innegehabt hatte. Es wird gemutmaßt, dass Jin Renqing im Rahmen der Aufklärung eines Korruptionsskandals um den früheren Parteisekretär der Stadt Qingdao und ZK-Kandidat, Du Shicheng, belastet und für die Dauer parteiinterner Ermittlungen gegen ihn seines Amtes enthoben worden ist. Derlei Spekulationen sind allerdings insofern zu relativieren, als er, wie auch einige andere Kollegen auf Ministeriebene, im
- Alter von 63 Jahren ohnehin nicht mehr für eine weitere volle Amtszeit in Frage gekommen wäre. Jin Renqing wurde zum stellvertretenden Direktor des Forschungszentrums für Entwicklung, einem Thinktank des Staatsrats ernannt, einer Position, die ebenfalls Ministerialrang genießt. Sein Nachfolger, Xie Xuren, hatte bereits zwischen 1990 und 1998 mehrere Positionen innerhalb des Finanzministeriums innegehabt und war zuletzt seit dem Jahr 2003 als Leiter der Staatlichen Steuerverwaltung tätig. In dieser Funktion wird ihm der 50-jährige Xiao Jie nachfolgen, der bereits zwischen den Jahren 2001 und 2005 in dieser Behörde tätig war, bevor er zum ersten stellvertretenden Gouverneur der Provinz Hunan ernannt wurde.
- Zhang Qingwei, 46, tritt die Nachfolge des 61-jährigen Zhang Yunchuan als Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie im Verteidigungswesen an, der als Parteisekretär der Provinz Hebei ernannt wurde und damit Bai Keming ablöst. Zhang Qingwei war maßgeblich an der Entwicklung der bemanneten Raumfahrt beteiligt und war zuletzt stellvertretender Leiter des chinesischen Raumfahrtprogramms. Er ist bis auf Weiteres der Jüngste im Kabinett.
- Ma Wen, 59, wird dem Ministerium für Verwaltungskontrolle vorstehen und damit die dritte Frau sein, die ein Ministeramt besetzt. Ma, die seit dem Jahr 1997 dem Ständigen Ausschuss der Zentralen Disziplinkontrollkom-

mission angehörte und seit dem Jahr 2004 deren stellvertretende Sekretärin ist, tritt an die Stelle von Li Zhilun, der im April im Alter von 65 Jahren verstorben war. Zugleich wurde sie auch zur Leiterin des neuen Staatlichen Amtes für Korruptionsprävention ernannt (s. nachfolgende Dokumentation).

- Yin Weimin, 54, wird dem Ministerium für Personalangelegenheiten vorstehen, in dem er nach verschiedenen Tätigkeiten in der Organisationsabteilung des ZK der KPCh bereits seit dem Jahr 2000 als Vizeminister tätig war. Er tritt an die Stelle des 65-jährigen Zhang Bolin.
- Geng Huichang, 56, wird den 65-jährigen Xu Yongyue als Minister für Staatssicherheit ersetzen. Seit dem Jahr 1998 war er im selben Ministerium bereits als Vizeminister tätig. Geng gilt als US-Spezialist und war seit 1985 stellvertretender Leiter des Chinesischen Instituts für gegenwärtige internationale Beziehungen.
- Yu Youjun, 54, wurde Anfang September zum Parteisekretär und stellvertretenden Minister des Kultusministeriums ernannt. Alles deutet darauf hin, dass er im März 2008 die Nachfolge des gegenwärtigen Kultusministers Sun Jiazheng antreten dürfte, der mit 63 Jahren ebenfalls bald die Altersgrenze erreichen wird. Yu Youjun war seit Januar 2006 als Gouverneur der problembeladenen Provinz Shanxi tätig. Anlässlich des im Sommer in Shanxi bekannt gewordenen Sklavenarbeiterskandals (C.a., 4/2007:141-143) war es ihm gelungen, durch mehrfache öffentliche

Entschuldigungen und ein „aufgeklärtes“ Krisenmanagement an Popularität zu gewinnen. Der politischen Karriere Yu Youjuns, der in marxistischer Philosophie zum Thema „Kultur in der Anfangsphase des Sozialismus“ promoviert hat, kommen offenbar seine langjährigen Erfahrungen im Bereich der Ideologie- und Propagandaarbeit zugute, die er in der Provinz Guangdong, unter anderem als Bürgermeister Shenzhens, sammeln konnte. Ihm dürfte der 58-jährige Meng Xuenong nachrücken, der Anfang September zunächst zum stellvertretenden Parteisekretär der Provinz Shanxi ernannt wurde. Meng, der frühere Bürgermeister von Beijing, der als ein Gefolgsmann Hu Jintaos gilt, könnte damit seine politische Karriere fortsetzen, die im Jahr 2003 durch die SARS-Epidemie jäh unterbrochen worden war. Meng Xuenong sah sich damals gezwungen, sein Amt niederzulegen, um die Verantwortung für Versäumnisse im Umgang mit der Epidemie zu übernehmen.

- Zu erwähnen ist schließlich, dass He Ping, 50, die Nachfolge Nan Zhenzhongs als Leiter bzw. „Chefredakteur“ der Staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua angetreten hat, die ebenfalls ein Organ des Staatsrats ist. He Ping war bereits seit dem Jahr 2001 als stellvertretender Präsident der Xinhua-Nachrichtenagentur tätig gewesen.

Spätestens auf der konstituierenden Sitzung des nächsten Nationalen Volkskongresses im März 2008 dürften außerdem Nachfolger für folgende Minister zu benennen sein, da diese in Bälde die Alters-

grenze von 65 Jahren erreichen werden: Wang Guangtao, 64, Bauminister, Li De-zhu, 63, Leiter der Staatlichen Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten, Mou Xinsheng, 63, Direktor der Zollbehörde sowie Zhang Weiqing, 63, Leiter der Staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung. Als wahrscheinliche Nachfolger gelten in der entsprechenden Reihenfolge Jiang Weixin, gegenwärtig Parteisekretär des Bauministeriums, Yang Chuantang, Parteisekretär und stellvertretender Leiter der Staatlichen Kommission für Nationalitätenfragen, Sheng Guangzu, Parteisekretär der Zollbehörde, und Li Bin, Parteisekretärin der Staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung. (XNA, 30.8., 7.9.07; Xinhua, 30.8.07, nach BBC PF, 4.9.07; SCMP, 25., 29., 30., 31.8., 1., 5.9.07; ST, 31.8., 1.9.07; WSJ, 31.8., 3.9.07; *Ming Pao*, 29.8.07, nach BBC PF, 31.8.07; *Ta Kung Pao*, 31.8.07, nach BBC PF, 1.9.07; FT, 31.8.07; NZZ, 31.8.07)

Staatliches Amt für Korruptionsprävention gegründet

Anfang September 2007 wurde in Beijing offiziell ein neues Staatliches Amt für Korruptionsprävention ins Leben gerufen. Mit der Gründung dieser Behörde reagiert die chinesische Regierung auf eine Forderung der im Jahr 2003 von China unterzeichneten und im Jahr 2005 ratifizierten UN-Konvention gegen Korruption, die explizit die Einrichtung eines Antikorruptionsorgans verlangt. Das neue Staatsratsorgan, das offensichtlich als eine den Organen der Ministerialebene unterstellte Behörde geführt wird, soll seine Arbeit bereits im

Mai d.J. aufgenommen haben (vgl. den Beitrag von Liu Jen-Kai „Im Fokus“ im vorderen Teil dieses Heftes).

Als Leiterin des neuen Staatlichen Amtes für Korruptionsprävention wurde Ma Wen ernannt, die Ende August auch zur Ministerin für Verwaltungskontrolle berufen wurde (s. vorangehende Dokumentation). Soweit bekannt ist, wird Ma Wen auch ihre Position als stellvertretende Sekretärin der Zentralen Disziplinarkontrollkommission (ZDK) beibehalten, die sie seit dem Jahr 2004 innehat.

Wie aus den wenigen bislang verfügbaren Informationen hervorgeht, werden die Hauptaufgaben der neuen Behörde zum einen in der Erforschung und Formulierung geeigneter Instrumente zur Korruptionsprävention und -bekämpfung, zum anderen in der Koordination konkreter Antikorruptionsmaßnahmen zwischen den vielfältigen beteiligten Akteuren wie der ZDK, dem Ministerium für Verwaltungskontrolle und der Justiz liegen.

Zur frühzeitigen Aufdeckung von Korruptionsdelikten unter Staats- und Parteifunktionären soll insbesondere der Informationsfluss zwischen Staatsanwaltschaften, Polizei, Banken und Gerichten verbessert und ein Monitoring-System für finanzielle Aktivitäten dieser Zielgruppe geschaffen werden. Gezieltes Augenmerk soll dabei auf Felder wie das Gesundheitssystem oder die Nutzung von Grund und Boden gerichtet werden, die als besonders korruptionsanfällig gelten (vgl. Beitrag von Liu Jen-Kai oben). Einen weiteren Schwerpunkt für die Arbeit des Staatlichen Amtes für Korruptionsprävention soll der nicht öffentliche Sektor sein. Private Unternehmen,

privatisierte Dienstleistungseinrichtungen, zu denen in China zahlreiche Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen etc. gehören, sowie Nichtregierungsorganisationen sollen der Aufsicht der neuen Behörde unterstellt werden. Internationale Kommentatoren vermuten, dass hier ein Kontrollmechanismus entstehen könnte, der die parteistaatliche Dominanz über den privaten Sektor verstärkt.

Die Kompetenzen des Staatlichen Amtes für Korruptionsbekämpfung sind insofern explizit begrenzt, als sie keine Befugnisse zur Ermittlung und Aufdeckung von Korruptionsdelikten besitzt. Vielmehr behält die ZDK die Hoheit über die parteiinterne Ermittlung in Korruptionsfällen, die KPCh-Mitglieder und höherrangige Regierungsvertreter betreffen, während die strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung von Delikten Sache der Justiz ist. Angesichts dieser Kompetenzbegrenzung könnte es naheliegen, die Behörde als einen „zahnlosen Tiger“ einzustufen. Die Tatsache jedoch, dass die Leitung des Staatlichen Amtes für Korruptionsprävention in Personalunion mit Führungspositionen in der ZDK und dem Ministerium für Verwaltungskontrolle besetzt ist, mit denen sich die neue Behörde angeblich auch Büroräume teilt, deutet auf eine enge Vernetzung und Abstimmung in der Arbeit dieser Organe hin. (XNA, 14., 18.9.07; SCMP, 7.9.07; ST, 14., 21.9.07)

Shanghai Korruptionsskandal zieht weitere Kreise

Der im vergangenen Sommer enthüllte Skandal um den Missbrauch des Shanghai Rentenfonds, der Chen Liangyu, Politbüromitglied und Parteisekretär Shang-

hais, zu Fall brachte (C.a., 5/2006:103-106, 2/2007:128-130, 4/2007:136), hat in den vergangenen Wochen weitere Kreise gezogen.

Wie Anfang August 2007 bekannt wurde, wurde bereits Mitte Juli Wang Weigong verhaftet, der zuletzt seit dem Jahr 2002 als hochrangiger Repräsentant der Shenergy Group, einem öffentlichen Gas- und Stromversorger mit Sitz in Shanghai, tätig war. Konkrete Vorwürfe gegen ihn wurden bislang nicht bekannt, doch stellte das Shanghai Magazine *Caijing* einen Zusammenhang mit dem Shanghai Korruptionsskandal her. So soll Wang Weigong in den 1990er Jahren, als er im Shanghai Parteikomitee tätig war, den Kontakt zu Zhang Rongkun, dem ehemaligen Vorsitzenden der Fuxi Investmentgruppe und einer Schlüsselfigur im Shanghai Korruptionsnetzwerk, hergestellt haben. Mit der Verhaftung Wangs sind weitere Verdachtsmomente für eine Verwicklung des im April verstorbenen Huang Ju, dem Vorgänger Chen Liangyus im Amt des Shanghai Parteisekretärs und zuletzt Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, entstanden. Wang Weigong hatte bereits in Shanghai unter Huang Ju gearbeitet und nach dessen Transfer nach Beijing im Jahr 2002 dessen Sekretariat in der Hauptstadt geleitet. Vor diesem Hintergrund überrascht die verbreitete personalisierte Deutung nicht, wonach Staats- und Parteichef Hu Jintao mit der Verhaftung Wangs ein weiteres Signal seiner endgültigen Durchsetzung gegenüber der „Shanghai-Fraktion“ setzen wolle, zu der Huang Ju, Chen Liangyu und Wang Weigong zählen.

Im Zuge der Aufklärung des Korruptionsskandals sind mittlerweile rund zwanzig hochrangige Funktionäre und Unternehmensvertreter belangt worden. Ein Teil von ihnen wurde in Changchun, der Hauptstadt der nordostchinesischen Provinz Jilin, vor Gericht gestellt, offenbar in dem Bemühen, die Shanghaier Gerichte zu entlasten und die Verfahren zu beschleunigen. In mindestens sechs Fällen ergingen in der zweiten Septemberhälfte bereits die Urteile.

Unter den Verurteilten ist Zhu Junyi, der frühere Direktor der Shanghaier Behörde für Arbeit und soziale Sicherheit, der ab dem Jahr 1996 einen Teil des Shanghaier Rentenfonds verwaltet hatte. Zhu wurde schuldig befunden, im Tausch gegen hohe Bestechungssummen aus dem Fonds 3 Mrd. CNY als Darlehen an Zhang Rongkun sowie 7 Mrd. CNY an Immobiliengesellschaften und private Investoren verliehen zu haben. Der 56-Jährige wurde zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Lebenslange Haftstrafen erhielten Wu Minglie, früherer Präsident der Immobiliengesellschaft New Huangpu Group, und Han Guozhang, früherer Direktor der Shanghai Electric Group. Ersterer soll im Zusammenhang mit dem Shanghaier Korruptionsskandal 10 Mio. CNY, Letzterer 6 Mio. CNY an Bestechungsgeldern entgegengenommen haben. Auch der frühere Sekretär Chen Liangyus und Leiter des Baoshan-Distrikts, Qin Yu, wurde von dem Gericht in Changchun unter dem Vorwurf der Entgegennahme von 6,8 Mio. CNY an Bestechungsgeldern mit einer lebenslangen Haftstrafe belegt.

Im Fall Chen Liangyus ist eine Ver-

hängung der Todesstrafe nicht auszuschließen. Wenn die ihm zur Last gelegten Bestechungssummen auch niedriger liegen als in den zuletzt genannten Fällen, so werden ihm die Verantwortung für die erheblichen negativen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen des Korruptionsskandals gegeben sowie schwere moralische Vorwürfe gemacht. Zwar ist in der Reformperiode noch nie ein Politbüromitglied zum Tod verurteilt worden, doch könnte im Fall Chen Liangyus, der in einem Beijinger Gefängnis seinem Urteil entgegenseht, durchaus ein Präzedenzfall gesetzt werden, um die Entschlossenheit der Parteiführung im Kampf gegen die Korruption zu unterstreichen. Auffällig waren etwa verschiedene seit Ende Juli in der staatlichen Presse veröffentlichte Artikel, deren einhelliges Thema die große Empörung breiter Kreise der Bevölkerung und der politischen Eliten über die langjährigen Korruptionsaktivitäten und die moralische Verwerflichkeit Chen Liangyus war. Auch verteidigte ein Sprecher der Zentralen Disziplinkontrollkommission Anfang August die Todesstrafe in Fällen schwerwiegender Korruption und Wirtschaftskriminalität, da dies den „nationalen Bedingungen und dem kulturellen Hintergrund“ der VR China entspreche. Ein wahrscheinliches Strafmaß im Fall Chen Liangyus könnte die Verhängung einer Todesstrafe mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub sein, die später häufig in eine lebenslange Freiheitsstrafe verwandelt wird. (Xinhua, 27.7.07, nach BBC PF, 28.7.07; SCMP, 2., 7., 11.8., 24.9.07; *Wen Wei Po*, 8.8.07, nach BBC PF, 9.8.07; ST, 3., 4.8., 19., 24.9.07; FT, 4.8.07; FAZ, 15.8.07)

Neue Dimensionen der Internet- und Medienzensur

Im August und September 2007 hat die parteistaatliche Führung zahlreiche Zensurkampagnen im Internet und den Massenmedien gestartet, die in ihrer Tragweite zum Teil deutlich über das bisher bekannte Maß hinausgehen. Begründet wurden einzelne Maßnahmen damit, ein „gesundes Umfeld“ für den Mitte Oktober beginnenden XVII. Parteitag der KPCh zu schaffen.

Neue Dimensionen erreichten vor allem politische Eingriffe im Bereich des Internets. War hier bisher der Zugang zu einzelnen unliebsamen Webseiten und interaktiven Foren blockiert worden, so wurden in den vergangenen Wochen mehrere Vorfälle bekannt, in denen ganze Internetdatenzentren gesperrt wurden, die zum Teil mehrere Tausend Server und damit mehrere Hunderttausend Webseiten bedienen. Wie aus Hongkonger Informationsquellen bekannt wurde, waren seit August ein von der Internetfirma Lanmang in Shantao (Provinz Guangdong) betriebenes Internetdatenzentrum, das Zitian Net in Luoyang (Provinz Henan), und das Shanghaier Internetdatenzentrum Waigaoqiao von Sperrungen betroffen, das als Vorreiter in Sachen Internettechnologie gilt und auch offizielle Webseiten bedient. Begründet wurden die radikalen Maßnahmen mit der Verbreitung „illegaler Informationen“ durch einzelne über diese Datenzentren betriebene Webseiten oder Blogs. Diese Logik virtueller „Sippenhaft“, die ausgehend von einem umstrittenen „Fehlverhalten“ Einzelner neben gravierenden Beeinträchtigungen der Meinungsfreiheit erhebliche wirt-

schaftliche Schäden für eine Großzahl von Akteuren in Kauf nimmt, scheint darauf abzielen, auf die gesamte Branche den Druck zur Selbstzensur zu erhöhen.

Besonders die Betreiber von interaktiven Internetdienstleistungen wie Blogs, Bulletin Boards, Chat Rooms und Diskussionsforen gelten als Adressaten der parteistaatlichen Zensurmaßnahmen. Nach zweijähriger Debatte um die Registrierung von Nutzern solcher interaktiven Services legte die dem Ministerium für Informationsindustrie untergeordnete Internet Society of China im August einen „Selbstdisziplinierungspakt für Blog-Betreiber“ vor, in dem diese „ermuntert“ werden, ihre Kunden unter deren wahren Namen und mit Angaben zu Adressen, Kontaktnummern und E-mailadressen anstatt unter Pseudonymen zu registrieren. Ursprünglich sollte die Registrierung der wahren Kundennamen zur Pflicht gemacht werden, doch soll dieser Vorschlag laut Xinhua auf „hartnäckigen Widerstand“ gestoßen sein, zumal die technologischen Grundlagen für einen effektiven Daten- und Personenschutz noch nicht ausgereift seien.

Umso stärker werden die Betreiber interaktiver Internetdienstleistungen in die Pflicht genommen, eigeninitiativ gegen die Verbreitung „illegaler Informationen“ vorzugehen. Angesichts der vagen Definition dessen, was als „illegale“ bzw. „schädliche“ Information einzustufen ist, ist der Kontrollaufwand für Internetprovider ebenso wie die Gefahr für unbeabsichtigtes Fehlverhalten sehr groß. Bekannte Blog-Betreiber wie Yahoo.cn, Msn.cn, Remin Wang, Sohu, Sina, Xinlang, Wangyi, Tom, Qianlong Wang, Hexun Wang, Boke Tian-

xia, Tianjia Wang, Huasheng Zaixian, Bo-lianshe und Tengxun sollen zugestimmt haben, den Selbstdisziplinierungspakt zu unterzeichnen. Die Organisation Reporter ohne Grenzen kritisierte den Pakt, da er Internetbetreiber zur Kooperation in sensiblen Bereichen zwingt. Der Pakt markiere das Ende anonymer Teilnahme an Blogs und signalisiere eine neue Welle staatlicher Zensur und Repression.

Auch die chinesische Presse sowie Rundfunk und Fernsehen sind in den vergangenen Wochen unter verstärktem Druck geraten. Unter dem Motto des Kampfs gegen „falsche Berichterstattung“ werden Journalisten und Medienorganen Repressalien angedroht, wenn sie Meldungen fingieren. Anlass für die jüngste Kampagne war ein Vorfall im Juli gewesen, als ein freier Mitarbeiter des staatlichen Beijinger Fernsehens vor dem Hintergrund des Skandals um Produktsicherheit mithilfe bezahlter Statisten eine Dokumentation über mit Pappkarton statt mit Fleisch gefüllte Teigtaschen fingiert haben soll. Der Journalist soll eingestanden haben, durch diese sensationalistische Dokumentation, die in mehreren Sendern und im Internet Verbreitung fand und im In- und Ausland Aufsehen erregte, persönliche Profitinteressen verfolgt zu haben. Er wurde bereits zu einer einjährigen Haftstrafe und zur Zahlung einer Geldbuße verurteilt. Die Organisation Reporter ohne Grenzen verurteilte auch diese Maßnahmen, da es nicht dem Staat obliege, sondern den Medien selbst überlassen sein müsse, Schritte gegen solche sensationalistischen Praktiken zu ergreifen.

Im Graubereich zwischen einem staatlichen Schutz von Konsumenteninteressen

und Eingriffen in die Meinungsfreiheit bewegen sich auch verschiedene andere Maßnahmen der letzten Wochen. So erließ das Staatliche Verwaltungsamt für Rundfunk, Film und Fernsehen Anfang August ein Verbot gegen Fernseh- und Rundfunkwerbung mit sexuellen Inhalten, die in manchen Sendern zuletzt überhand genommen hatten. Im September erging von derselben Behörde ein Verbot der Fernsehausstrahlung sogenannter Talentshows zur abendlichen Prime Time. Zu den Randzeiten dürfen die populären Talentshows, die nach US-amerikanischem Vorbild unter Laiendarstellern in kompetitiven Verfahren Publikumsliebhaber ermitteln, weiterhin ausgestrahlt werden, doch dürfen die Fernsehzuschauer, die bisher per SMS oder andere Telekommunikationsmittel ihre Stimmen abgeben konnten, nicht länger einbezogen werden. Auch hier gilt die besondere Sorge offenbar interaktiven Nutzungsformen.

Restringiert wurde außerdem der Zugang zu ausländischen Fernsehsendern, der formal nur Hotels mit drei oder mehr Sternen, Ausländerwohnkomplexen und staatlichen Behörden vorbehalten ist, faktisch aber gerade in Südchina weitverbreitet ist.

Angesichts dieser jüngsten Intensivierung parteistaatlicher Zensurmaßnahmen stellt sich die Frage, inwieweit es sich dabei nur um eine vorübergehende Kampagne handelt, die nach dem Ende des XVII. Parteitags der KPCh wieder abflauen wird. Die neuen Dimensionen der Zensur, die insbesondere im Internet sichtbar geworden sind, lassen befürchten, dass damit Praktiken eingeübt werden, die auch im Hinblick etwa auf eine weitere Eskalation im Verhältnis zu Taiwan oder die Olympiade 2008 in

Beijing Bestand haben könnten – im Kontrast zu den Hoffnungen auf eine gesellschaftliche und politische Liberalisierung, die westliche Staaten an die Austragung der Olympischen Spiele in Beijing geknüpft haben. (XNA, 9., 13., 21., 29.8., 22.9.07; SCMP, 3., 4.8., 1., 7., 21., 22.9.07; ST, 13., 16., 29., 30.8.07; WSJ, 16., 22.8., 14.9.07; IHT, 16.8.07; NZZ, 27.9.07; Radio Free Asia, www.rfa.org, 5.9.07; Reporters Sans Frontieres press release, 26.7., 23.8.07)

80-jähriges Bestehen der Volksbefreiungsarmee

Am 1. August 2007 begingen militärische und politische Eliten in China feierlich das 80-jährige Bestehen der Volksbefreiungsarmee (VBA). In der chinesischen Geschichtsschreibung gilt der Aufstand von Nanchang am 1. August 1927, als 20.000 kommunistische Guerillakämpfer unter der Führung Zhou Enlais und Zhu Des erstmals gegen Soldaten der nationalen Guomindang-Regierung ins Feld zogen, als Gründungsdatum der „Roten Armee“, die im Jahr 1947 zur VBA umbenannt wurde.

Das Ereignis bot Anlass für einen Großauftritt der Parteiführung. Neben dem vollständig versammelten Ständigen Ausschuss des Politbüros wohnten auch Jiang Zemin, der Vorgänger Hu Jintaos in den Ämtern des KPCh-Generalsekretärs, des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, sowie die beiden früheren Ministerpräsidenten Zhu Rongji und Li Peng den Feierlichkeiten bei.

In seiner 35-minütigen Ansprache betonte Hu Jintao mehrfach den Führungsanspruch der KPCh über das Militär und forderte die unbedingte Loyalität aller VBA-

Angehörigen gegenüber der Kommandogewalt der Partei. Kommentatoren werteten diese Äußerungen generell als Hinweis darauf, dass die institutionelle Entwicklung der VBA zu einer modernen, professionellen Nationalarmee, wie sie seit Jahren im Gespräch ist, in höchsten Parteikreisen auf Skepsis stößt. Konkreter Hintergrund könnten aber auch offensive Vorstöße des Militärs wie der Test einer Antisatellitenwaffe im Januar d.J. (C.a., 2/2007:115-117) sein, die offenbar vorab nicht ausreichend mit der parteistaatlichen Führung abgestimmt waren.

Der Rückhalt Hu Jintaos in der VBA gilt als begrenzt. Unter den 32 aktiven VBA-Generälen ist die Mehrheit Jiang Zemin zu Dank verpflichtet, während Hu Jintao nur über wenige persönliche Gefolgsleute im Militär verfügt. Dies könnte sich in der nahen Zukunft allerdings ändern, wenn mehrere Dutzend hochrangiger Militärs die Altersgrenze erreichen und durch jüngere Nachfolger ersetzt werden müssen. Auch ist der nominale Militärhaushalt unter Hu Jintaos Führung von Jahr zu Jahr angestiegen (2003: 9,6%, 2004: 11,6%, 2005: 12,6%, 2006: 14,7%, 2007: 17,8%). VBA-Angehörige können in der zweiten Jahreshälfte 2007 mit Soldzuwächsen in Höhe von 20-40% rechnen.

Insgesamt scheinen die technologischen Modernisierungsanstrengungen, die in den vergangenen Jahren unternommen wurden, das Selbstbewusstsein der VBA durchaus gestärkt zu haben. Die jüngste Eskalation im Verhältnis zu Taiwan könnte vor diesem Hintergrund zu einer Nagelprobe für die parteistaatliche Kommandogewalt über das Militär werden. (China Cent-

ral TV-1, 1.8.07, nach BBC PF, 2.8.07; Xinhua, 1.8.07, nach BBC PF, 2.8.07; SCMP, 1.8.07; *P'ing-Kuo Jih-Pao*, 31.7., 2.8.07, nach BBC PF, 2., 11.8.07)

Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

Mehr Geld für die Bildung

Das Bildungswesen ist einer der Sektoren, in denen die Zentralregierung ihre Investitionen in den nächsten Jahren prioritär steigern will. Das bestätigte erneut ein höherer Beamter des Bildungsministeriums im Anschluss an eine Rede von Staatspräsident Hu Jintao anlässlich des 23. Lehrertages, der auf den 10. September fiel. In seiner Rede vor über 100 Modell-Lehrern am 31. August hob Hu die Bedeutung von Bildung für das Erreichen des Ziels einer Gesellschaft mit umfassendem bescheidenem Wohlstand hervor.

Statistiken des Bildungsministeriums zeigen das überdurchschnittliche Wachstum der Mittel im Regierungshaushalt. So beträgt der Bildungsetat für das Jahr 2007 646,1 Mrd. CNY (rd. 61 Mrd. EUR), 105,3 Mrd. CNY mehr als im Vorjahr bzw. ein Anstieg um 19,5% (höher als die 15,7% Zuwachs im Staatshaushalt). Bereits in der ersten Jahreshälfte 2007 wurden 30% mehr in die Bildung investiert als im gleichen Zeitraum 2006. Damit setzt sich ein Trend fort, der auch schon den 10. Fünfjahresplan (2001-2005) bestimmte. In dieser Periode wurden insgesamt 1,5 Billionen CNY (142 Mrd. EUR) in die Bildung investiert,

1,22-mal so viel wie im vorhergehenden Fünfjahresplan (1996-2000), ein jährlicher Anstieg um 17,63%.

Vier Schwerpunkte haben die Investitionen in diesem Jahr: Verbesserung der ländlichen Bildung, Unterstützung für arme Studenten, Hochschulen und Universitäten, Berufsbildung. (1) Schon im Jahr 2006 wurden die Schüler in den ländlichen Gebieten West- und Zentralchinas von Schulgebühren und anderen Abgaben befreit, in diesem Jahr wurde dies auf die Gesamtzahl der 150 Mio. Schüler in ländlichen Gebieten ausgeweitet. Bis zum Jahr 2010 sollen von der Zentral- und den Lokalregierungen insgesamt 218,2 Mrd. CNY (darunter von der Zentralregierung 125,4 Mrd. CNY) neu investiert werden, um die ländliche Bildung zu verbessern. (2) Im Wintersemester 2007 hat die Regierung begonnen, das Stipendiensystem zu reformieren, um auch so die Bildungsqualität zu erhöhen. Profitieren werden rund 4 Mio. Studenten von 1.800 Hochschulen und rund 16 Mio. Studenten von 15.000 Berufsschulen. Für ein Stipendienprogramm wird die Regierung in diesem Semester 15,4 Mrd. CNY investieren und diese Summe im nächsten Jahr verdoppeln. Langfristig soll der Betrag auf 50 Mrd. CNY steigen. (3) Fast 40 Mrd. CNY werden in die Steigerung der Unterrichtsqualität an den Hochschulen investiert. (4) Außerdem sollen in der Zeit des 11. Fünfjahresprogramms (2006-2010) 14 Mrd. CNY in die Berufsbildung investiert werden, um mehr Fachkräfte ausbilden zu können. Die Mittel sollen in Ausbildungsstätten und die Verbesserung der Unterrichtsqualität fließen. (XNA, 9.9.07)